



SPIEGEL - AFFÄRE

Ein Land erwacht

Vier Wochen ist die Redaktion besetzt, 103 Tage sitzt Rudolf Augstein in Haft – doch am Ende bricht die Anklage der Bundesanwaltschaft gegen die SPIEGEL-Leute wegen Landesverrats zusammen. Und in Bonn geht die Ära Adenauer zu Ende.



Protestierende Studenten
in Frankfurt am Main
am 29. Oktober 1962

50 JAHRE SPIEGEL AFFÄRE

Der Hausherr hat eine Flasche Wein geöffnet. Rudolf Augstein und seine Freundin Maria Carlsson haben Gäste eingeladen: Hans Detlev Becker, der Verlagsdirektor des SPIEGEL, und dessen Frau Elisabeth sind in die Villa am Leinpfad gekommen. Es ist Freitagabend, das Magazin wird bald in Druck gehen, da klingelt das Telefon.

Augsteins älterer Bruder Josef, der in Hannover eine Anwaltskanzlei betreibt und des Öfteren den SPIEGEL vertritt, ist am Apparat. Ein Journalist von der Deutschen Presseagentur (dpa), so berichtet er, habe ihn soeben benachrichtigt, dass sämtliche Redakteure des SPIEGEL verhaftet worden seien, im Verlag liefen Beschlagnahmen. Das findet die Runde am Leinpfad ziemlich komisch, da bringe der dpa-Kollege wohl etwas durcheinander.

Rudolf Augstein ruft in der Redaktion an, nach mehreren Versuchen meldet sich eine ihm unbekannt Stimme – es wird aufgelegt. So gehen SPIEGEL-Mitarbeiter nicht mit ihrem Chef um.

Wieder meldet sich Josef Augstein aus Hannover im Leinpfad. Hamburgs Innenminister Helmut Schmidt habe eben bestätigt, dass gegen die Chefredakteure, die Kollegen im Bonner Büro und auch gegen Rudolf Augstein Haftbefehle vorlägen. Der Anwalt bricht sofort nach Hamburg auf.

Kurz darauf klingeln auch Redakteure durch und berichten Ungeheuerliches: Die Sicherungsgruppe des Bundeskriminalamts ist, flankiert von Dutzenden Polizeibeamten, im Verlag einmarschiert, durchsucht Räume, der Druck des neuen Heftes ist höchst gefährdet. Es geht um Landesverrat, den der SPIEGEL mit der Titelgeschichte „Bedingt abwehrbereit“ begangen haben soll.

Becker hat sofort einen Verdacht, wer hinter der Aktion steckt: Franz Josef Strauß. Das Dauerfeuer des Magazins aus Hamburg droht dem Verteidigungsminister den Weg ins Kanzleramt zu versperren. Becker schimpft: „Und dieses Schwein, der Strauß, hat sich vor wenigen Tagen gebrüht, es sei bald mit uns aus.“

Laut Becker ist der Runde schnell klar: Augstein dürfe nicht in die Redaktion fahren, wo ihm die Festnahme droht. Die SPIEGEL-Leute sind zur Verteidigung entschlossen. Der Vorwurf des Landesverrats zielt schließlich auf ihre bürgerliche Existenz, dafür kann man 15 Jahre Zuchthaus bekommen. Außerdem gilt die Maxime: keine Preisgabe von Informanten.

Augsteins Bruder, der Anwalt, trifft sich nach Mitternacht im Hamburger Polizeipräsidium mit dem Ersten Staatsan-

KURT WEINER

walt Siegfried Buback. Die Fahnder wissen nicht, dass der SPIEGEL-Herausgeber seit Monaten von seiner Ehefrau getrennt lebt. Die Adresse im Leinpfad ist ihnen unbekannt. Josef Augstein sichert zu, dass sein Bruder sich um zwölf Uhr mittags der Polizei stellen werde.

Die verbleibenden Stunden bis dahin will Rudolf Augstein nutzen, um Dokumente wegzuschaffen, die verfolgungswütigen Staatsanwälten als Beweismittel dienen könnten. Etwa jene Unterlagen, die Titelauteur Conrad Ahlers vor seinem Urlaubsantritt einer Sekretärin anvertraut hat, verpackt in einen DIN-A4-Umschlag, knapp zwei Zentimeter dick.

Augstein bittet die Sekretärin am Telefon, das Kuvert zum Bahnhof Altona zu bringen. Dort trifft sie Maria Carlsson, die den Umschlag freilich nicht behält, sondern an eine Freundin weitergibt, die ihn im Weinkeller versteckt.

Bald darauf trifft der SPIEGEL-Herausgeber pünktlich im Hamburger Polizeipräsidium ein. „Gut, dass Sie Wort gehalten haben“, sagt Buback.

Es ist Samstag, der 27. Oktober 1962. Der SPIEGEL ist besetzt, sein Gründer in Haft. Doch schon in diesen Stunden zeichnet sich ab, dass die Staatsmacht auf Widerstand stoßen wird – auch aus den eigenen Reihen. Denn eine knappe Stunde nach Augstein fährt Helmut Schmidt vor dem Polizeipräsidium vor. Den Vormittag über haben Journalisten den Innensenator der Hansestadt angerufen, er will sich nun „über den Ablauf der Aktion unterrichten“ lassen. Schließlich sind es Hamburger Polizisten, die dem Bundeskriminalamt (BKA) Amtshilfe bei der Besetzung des SPIEGEL leisten.

Buback bringt den Senator kurz auf den neuesten Stand, was dessen Stimmung nicht hebt. Schmidt ist erst am Vorabend kurz vor der Razzia knapp informiert worden. Er zweifelt an der Rechtmäßigkeit des Vorgehens, das werde „Herrn Strauß teuer zu stehen kommen“.

Schmidt treibt auch ein persönlicher Grund an, die Aktion ernst zu nehmen: Sein Studienfreund Ahlers hatte ihm Ende September Teile des Manuskripts zu lesen gegeben, mit dem der SPIEGEL Landesverrat begangen haben soll. Die Ermittlungen der Bundesanwaltschaft könnten sich also gegen ihn richten – und seine politische Karriere früh zerstören.

Noch vom Polizeipräsidium aus ruft Schmidt den Ersten Bürgermeister Paul Nevermann an. Die beiden verabreden sich für den folgenden Tag, aber schon am Telefon erzählt der Senator von seinem Treffen mit Ahlers. Gemeinsam kommen sie zum Schluss, dass Schmidt allenfalls als Zeuge vernommen werden könne und rechtlich „nicht verpflichtet“ sei, sich bei der Bundesanwaltschaft zu melden – „der Name eines hamburgischen Senators“, so Schmidt später, solle nicht „ohne

Not in die Schlagzeilen der Presse“ geraten. Schmidt informiert zudem Herbert Wehner, Hamburgs mächtigsten Sozialdemokraten. Auch der stellvertretende SPD-Vorsitzende gibt Rückendeckung.

Intern lässt Schmidt prüfen, ob das Bundeskriminalamt mit der Aktion am Speersort 1 seine Kompetenzen überschritten hat und ob Hamburger Beamte die Tätigkeit der Bundesanwaltschaft und des BKA „überwachen oder gar hoheitlich beeinflussen“ dürfen.

Er setzt sogar die Kripo in Marsch, sie soll herausfinden, ob die Verbündeten von Strauß illegal abhören. Neben dem SPIEGEL sind auch andere Redaktionen im Hamburger Pressehaus untergebracht, und deren Journalisten klagen über Klickgeräusche in den Leitungen. Manchmal brechen diese zusammen, wenn die Worte „SPIEGEL“, „Strauß“ oder „Karlsruhe“ fallen. Die Hansestadt, das ist klar, wird Kanzler Adenauer, Minister Strauß und die Bundesanwaltschaft bei ihrem Feldzug gegen das Magazin nicht unterstützen.

Augsteins Pistole im Tresor

Eigentlich war der nächtliche Zugriff auf die SPIEGEL-Etagen als finaler Schlag gegen die Aufmüpfigen gedacht – allerdings ahnten die Invasoren wohl nicht, dass sie in einen Büroschlingel geraten würden. Der SPIEGEL besitzt 117 Zimmer auf sieben Stockwerken, und überall werkeln Menschen an der neuesten Ausgabe. Mitarbeiter, die sich dem BKA-Trupp partout nicht beugen wollen.

Ziel der Razzia ist, so steht es im Vermerk eines Kripo-Beamten, nach Schriftstücken zu suchen, „deren Inhalt über die Bundeswehr schlechthin und über getätigte Zahlungen an irgendwelche Informanten Auskunft“ gibt.

Eine kaum zu bewältigende Aufgabe: Staatsanwalt Buback steht mit einer Handvoll Beamter vor 17 000 Leitz-Ordern und 4000 Schnellheftern mit insgesamt 5,5 Millionen Blatt Papier. Und dann gibt es noch 10 000 Meter Mikrofilme, 6000 Bücher, 180 Karteien und Register. Nach 48 Stunden – Augstein ist in Haft, Schmidt bereits auf dem Kriegspfad – zeichnet sich ab, dass die Hausdurchsuchung viele Tage dauern wird. Am Ende kommt sie einer Aussperrung gleich.

In U-Haft treibt Rudolf Augstein die Sorge um, dass die Polizei die beiden Panzerschränke in seinem Büro öffnen könnte. Denn darin befinden sich Kopien von Recherche-Unterlagen des Titelauteurs Ahlers. Der SPIEGEL-Boss bietet deshalb den Ermittlern an, sie bei den Durchsuchungen zu unterstützen. Er hofft, auf diese Weise die brisanten Papiere unauffällig verschwinden lassen zu können.

Augstein wird am Sonntag, dem 28. Oktober, aus dem Untersuchungsgefängnis zum Pressehaus gebracht. Beamte öffnen seinen Schreibtisch und wenden sich an-



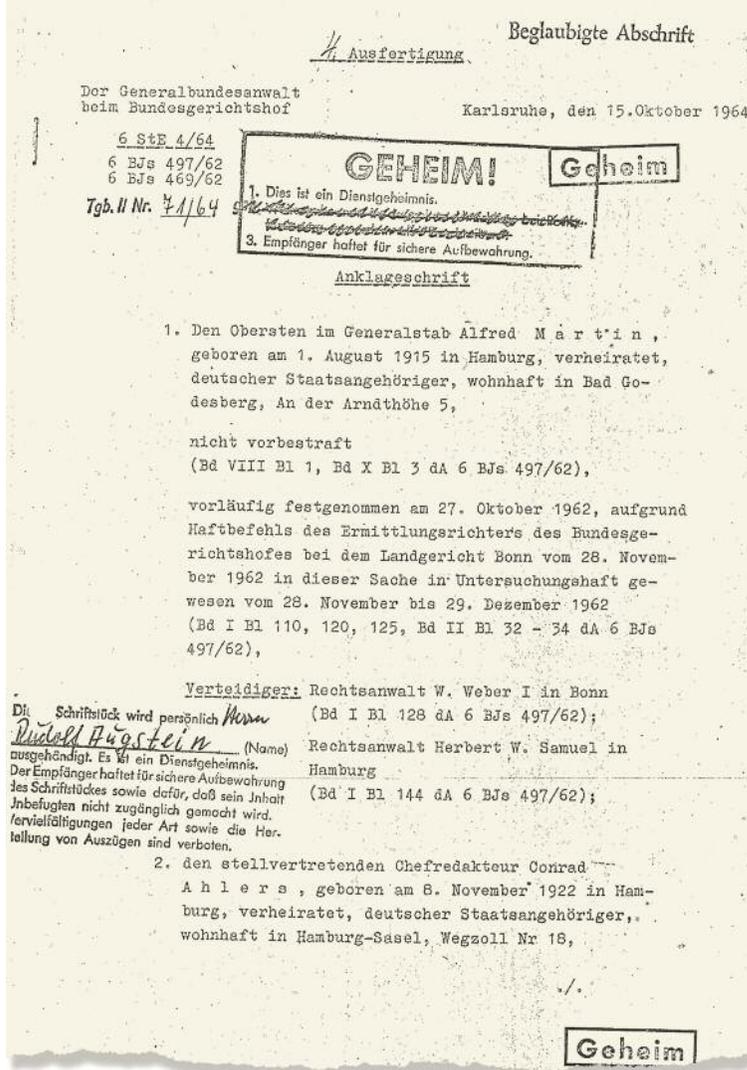
Herausgeber Augstein im Hamburger Pressehaus

schließend einem Panzerschrank zu, Augstein wählt die Zahlenkombination 4, 7 – die Tür ist entsichert. Im Tresor finden sich Augsteins Pistole und mehrere Stapel Papiere. Als die Staatsdiener unaufmerksam scheinen, schiebt Augstein das Ahlers-Konvolut unter einen Haufen Unterlagen, der bereits durchgesehen ist. Doch die Beamten bemerken die Finte, stellen den Herausgeber zur Rede. Er wisse nicht, woher die Papiere stammen, sucht sich Augstein herauszureden, gelesen habe er sie auch nicht.

Es ist kein guter Tag für den SPIEGEL. Die Bundesanwaltschaft hat nun erste Hinweise darauf, mit wem Ahlers bei seinen Recherchen gesprochen hat.

Immerhin überzeugt Verlagsdirektor Becker die Beamten davon, dass die SPIEGEL-Mitarbeiter diverse Bücher, Kompendien, Akten für die Produktion der nächsten Ausgabe benötigen. Buback lässt sich eine Liste vorlegen mit Anträgen auf die Freigabe beschlagnahmten Materials, es sind 325 Einzelpositionen. Was die Redakteure und ihre Kollegen der Dokumentation, ein Herzstück des Hauses, für ihre Arbeit anfordern, wird Stück für Stück überprüft.

Trotz allem ist die Stimmung am Speersort besser, als die Lage eigentlich erwarten ließe – auch dafür sorgt Becker.



Anklageschrift gegen Oberst Martin und SPIEGEL-Redakteur Ahlers

Am 29. Oktober schwört der Verlagsdirektor auf einer Betriebsversammlung im Erdgeschoss des Pressehauses die Mannschaft ein: „Wir haben uns nicht zu schämen. Keiner von Ihnen ist bei Al Capone engagiert, sondern bei Herrn Augstein sind Sie tätig. Die Nummer 45 ist in Arbeit. Wir wollen sie in vollem Umfang, mit unkonventionellem Umbruch, pünktlich, in erhöhter Auflage herausbringen.“

Und er wird fast pathetisch, was eigentlich nicht sein Stil ist. „Der Berg kreißt, das haben Sie alle schon gesehen. Meine Überzeugung ist, dass derjenige, der die tote Maus gezeugt hat, die geboren werden wird, sie mit einiger Beschämung und heimlich begraben wird.“

Becker sollte recht behalten.

Neben dem Selbsterhaltungswillen der Belegschaft verhindert die spontane Solidarität der anderen Verlage in der Medienstadt Hamburg den finanziellen Ruin des Magazins. Büros in den Redaktionen von „Zeit“ und „Stern“ werden für SPIEGEL-Kollegen freigeräumt; selbst nahegelegene Firmen, die mit Presse nichts zu tun haben, bieten Räume an.

Die erste Ausgabe nach der Besetzung des Verlags handelt von dieser Okkupation, auf dem Titel: Rudolf Augstein. 700 000 Exemplare verlassen die Drucke-

rei, 200 000 mehr als sonst, 140 Seiten, davon über 70 Anzeigenseiten – die bislang umfangreichste Ausgabe ist rasch ausverkauft, es muss nachgedruckt werden.

Autor des Titelstücks ist Walter Busse, Chef des Kulturressorts. Präzise hat er den Überfall beschrieben – zum Unwillen Bubacks, der eine solche Berichterstattung hatte verhindern wollen, weil er auch darin einen Geheimnisverrat sah. Dass der SPIEGEL weiter pünktlich erscheint, bedeutet für die Belegschaft vor allem eines: Zuversicht. „Für uns alle“, erinnerte sich einer der leitenden Redakteure, „war diese Kontinuität sehr wichtig. Es hatten sich keine Spuren von K. o. gezeigt.“

Ein Nichterscheinen hätte sich der SPIEGEL auch nicht leisten können. In einer internen Analyse über „mögliche Auswirkungen einer vorübergehenden Stilllegung des SPIEGEL-Verlags“ kommt der Autor zum Ergebnis, dass bereits das Aussetzen einer einzigen Ausgabe den Verlag in Existenznot gebracht hätte. Eine „Beschaffung von Fremdkapital“ zur Überbrückung schien den Verlagsmanagern nicht möglich. Denn keine Bank, so glaubten sie, würde ihnen Geld geben, solange „der Tatbestand des Landesverrates als erfüllt vorweggenommen und

unterstellt“ werde – durch den Kanzler der Bundesrepublik höchstselbst.

Tatsächlich werden Anzeigen storniert, jedoch nur von „einzelnen Schissern“, wie Becker sie nennt. Komme es ganz schlimm, schreibt er später an Augstein ins Gefängnis, „verlieren wir insgesamt vielleicht 20 Prozent des Anzeigenaufkommens“. Im Übrigen sei die Redaktion „bei nach meinem Urteil harmlosen Zentrifugaltendenzen in einzelnen Fällen uningeschränkt arbeitsfähig und Herr der Situation“. Er sei überrascht, „dass sich gewisse Führungsqualitäten dort zeigen, wo man sie nicht erwartet hätte“.

Mag die Staatsmacht schon überrascht gewesen sein von der hemdsärmeligen, altruistischen Hilfe einiger Verlage für ein Konkurrenzblatt: Mit dem Sturm, der jetzt über sie hinwegfegt, kann sie nicht gerechnet haben. Aus dem Stand entwickelt sich bereits in den ersten Tagen der Besetzung eine Protestbewegung, die es so in der Adenauer-Republik noch nicht gegeben hat. Gegen den alten Kanzler, gegen Strauß, gegen einen Staat, der in den Köpfen seiner Diener immer noch ein Obrigkeitsstaat ist.

Aber vor allem ist es eine Demonstration für Aufklärung, für die Pressefreiheit.

Die Republik geht auf die Straße

Die Gruppe 47, ein hochkarätiger Literaturzirkel um Hans Werner Richter, veröffentlicht ein Manifest. Die Publizierung „sogenannter militärischer Geheimnisse“ sei im Kalten Krieg eine „sittliche Pflicht“, steht dort. Karl-Hermann Flach, einer der strategischen Köpfe der FDP, wähnt sich am falschen Ort oder zur falschen Zeit: „Wenn wir hören, dass Kinder weinen, weil zu später Stunde ihre Zimmer nach Belastungsmaterial gegen ihre Eltern durchstößert werden“, schreibt der Liberale, dann „dürfen wir nicht mehr sicher sein, dass es sich um eine Geschichte aus Moskau, Prag oder Leipzig oder aber aus dem Berlin des Jahres 1944 handelt.“

Ende Oktober drängen mehrere tausend Menschen in einen Saal der Hamburger Universität, der nur 500 Personen fasst. Wegen des Andrangs wird die Protestveranstaltung verschoben, Hunderte ziehen zum Untersuchungsgefängnis, in dem Augstein und sein Chefredakteur Claus Jacobi sitzen. Im Chor rufen sie: „SPIEGEL tot – die Freiheit tot“.

Und: „Jeder Bürger muss es schreien, Augstein raus und Strauß hinein“.

In Bayern protestieren sogar Studenten mit CSU-Parteibuch gegen ihren Vorsitzenden und damit pro Augstein, was der amerikanische Historiker David Schoenbaum in seinem Klassiker über die SPIEGEL-Affäre als „Heroismus“ bezeichnen wird.

Auch das Ausland nimmt die Affäre gebannt zur Kenntnis. Der Sonderkorrespondent der Londoner „Daily Mail“ wird aus dem Himalaja, wo gerade Krieg

herrscht, nach Bonn beordert; der seriöse „Figaro“ aus Paris titelt: „Grave atteinte à la liberté de la presse“ – schwere Verletzung der Pressefreiheit.

Und so wächst mit jeder Woche der Druck auf Regierung und Ermittler, besonders die Umstände der Sistierung von Ahlers in Spanien empören. Ein Wissenschaftler untersuchte dazu die Kommentare in 63 größeren westdeutschen Tageszeitungen: In 51 Texten setzt es harsche Kritik an den Regenten in Bonn.

Flankiert wird die „Freiheitsregung“ („Frankfurter Allgemeine“) auch von einer Elite, die sich bislang in „Abstinenz von staatsbürgerlichem Engagement“ übte, wie der dänische Politologe Christian Søb feststellte: Deutschlands Professoren. Mit ihrem hohen Sozialprestige, so der Forscher, gaben sie der Protestbewegung „einen stark legitimierenden Rückhalt“.

Immerhin sind es gut 600 Hochschul-lehrer, die die Adenauer-Politik und das Vorgehen der Staatsanwälte anprangern. Professoren von der Kirchlichen Hochschule in Berlin sprechen von einer „Staatskrise“, die „die Kluft zwischen den Trägern der Staatsgewalt und dem Volke“ sichtbar gemacht habe.

Und zur Staatskrise zählt auch, dass es zum Kampf kommt eines großen und eines ganz kleinen Bundeslandes gegen das System Adenauer: Hamburg und Nordrhein-Westfalen versus Bonn. Im föderalen Deutschland gibt es ein Gesetz, wonach der Bundesinnenminister die Länderhoheiten zu respektieren habe – etwa indem der Bund, wenn er seine Sicherheitskräfte in Marsch schickt, die betroffenen Landesregierungen „unverzüglich“ benachrichtigt.

Unverzüglich heißt: ohne schuldhaftes Verzögern. Haftbefehle und Durchsuchungsbeschlüsse im Fall des SPIEGEL datierten vom 23. Oktober, spätestens am Tag darauf hätten Hamburg und auch Nordrhein-Westfalen also informiert werden müssen, denn die Staatsmacht geht ebenfalls gegen das Bonner SPIEGEL-

„Wir haben uns nicht zu schämen. Keiner von Ihnen ist bei Al Capone engagiert, sondern bei Herrn Augstein sind Sie tätig.“

Verlagsdirektor Becker bei der Betriebsversammlung



SPIEGEL-Mitarbeiter in einem Redaktionsbüro des „Stern“ im Oktober 1962

Büro vor. Doch die Bundesbeamten schwiegen drei Tage lang, und als die Behörden, etwa in Düsseldorf, unterrichtet wurden, hieß es nur, dass polizeiliche Maßnahmen bevorstünden. Kein Wort von Landesverrat. Von Augstein. Vom SPIEGEL.

Willi Weyer (FDP), Innenminister von Nordrhein-Westfalen, beschwert sich bei Bundesinnenminister Hermann Höcherl, einem Parteifreund von Strauß: Die „Aus-schaltung der Länderinnenminister“ halte er nicht für vertretbar. Weyer fordert, „umgehend“ die Innenministerkonferenz zu einer Sondersitzung einzuberufen, „wegen des besonderen Aufsehens“, das

der staatliche Zugriff „im In- und Ausland verursacht hat“.

Der Hamburger Innensenator Schmidt attackiert ebenfalls Höcherl wegen der „späten Unterrichtung“, und Nevermann, der Erste Bürgermeister der Hansestadt, schreibt in scharfem Ton an Adenauer, er möge „umgehend“ dafür Sorge tragen, dass das „Verfahren“ einwandfrei ablaufe. Ansonsten sehe er sich „gezwungen, die Rechtmäßigkeit der Tätigkeit von Bundesbeamten im Bereich des Landes Hamburg prüfen zu müssen“.

Vor Gericht natürlich. Adenauer droht zurück: Wer die Bundesanwaltschaft be-

Die SPIEGEL-Affäre Chronik der Ereignisse

29. Oktober 1962

Rudolf Augstein und andere SPIEGEL-Mitarbeiter sind in Haft, die Polizei hält die Redaktionsbüros besetzt. Dem SPIEGEL droht die Pleite, doch andere Verlage helfen aus.

2. November

Hamburgs Bürgermeister Paul Nevermann warnt Konrad Adenauer, der Senat werde die „Rechtmäßigkeit“ der SPIEGEL-Aktion prüfen. Adenauer droht mit „strafrechtlichen Konsequenzen“, sollte die Bundesanwaltschaft behindert werden.

6. November

Demonstrationen in Mannheim und Heidelberg. In vielen Universitätsstädten kommt es während der SPIEGEL-Affäre zu Protestaktionen.

7. bis 9. November

Fragestunde im Bundestag: Verteidigungsminister Franz Josef Strauß und Adenauer lügen über ihre Rolle in der SPIEGEL-Affäre. Der Kanzler verurteilt Augstein: „Wir haben einen Abgrund von Landesverrat.“ Thomas Dehler und Wolfgang Döring, beide FDP, verteidigen den SPIEGEL-Herausgeber.

19. November

Krise der schwarz-gelben Koalition: Strauß will nicht abtreten. Die FDP zieht ihre Ressortchefs zurück. Wenige Tage später folgen alle CDU/CSU-Kollegen, um eine Regierungsneubildung zu ermöglichen.



Titelbild 28. November 1962

26. November

Alle Räume der SPIEGEL-Redaktion sind wieder freigegeben. Doch noch immer werden Informanten verhaftet. Auch Augsteins Bruder Josef kommt ins Gefängnis.

14. Dezember

Kanzler Adenauer bildet ein neues Kabinett, mit der FDP, aber ohne Strauß. Er verspricht, im kommenden Herbst zurückzutreten.

7. Januar 1963

Die Bundesanwaltschaft leitet ein Ermittlungsverfahren gegen Helmut Schmidt ein. Ihm drohen bis zu 15 Jahre Zuchthaus.



UNITED PRESS PHOTOS

hindere, müsse mit „strafrechtlichen Konsequenzen rechnen“. Eine solche Auseinandersetzung zwischen Bonn und zwei Bundesländern hat es bis dahin noch nicht gegeben.

Lügen von der Regierungsbank

Ende Oktober ringt SPD-Vize Wehner erkennbar mit der Tonlage in Sachen SPIEGEL. Das Parteipräsidium verlangt, dass die den Redakteuren vorgeworfenen Delikte „restlos aufgeklärt werden müssen“. Allerdings sollten die Strafverfolger nicht nur gegen die Journalisten, sondern „gegen jedermann, der in strafbare Tatbestän-

de verwickelt sein könnte“, vorgehen – gemeint waren die mutmaßlichen Informanten im Verteidigungsministerium. Wehners Vorsicht hat strategische Gründe. Seit der Verabschiedung des Godesberger Programms 1959 verfolgt er das Ziel, die SPD regierungsfähig zu machen – ein Vorhaben, das angesichts der herrschenden Mehrheitsverhältnisse vorerst nur als Juniorpartner der CDU realisierbar ist. Allzu viel Solidarität mit mutmaßlichen Landesverrättern scheint da nicht opportun.

Andere Sozialdemokraten sehen die Umriss der Affäre klarer und fordern eine Aufklärung durch den Bundestag. Am 7. November ist es so weit: Die SPD hat 18 Dringlichkeitsfragen eingereicht. Justizminister Wolfgang Stammberger (FDP) meldet sich auf dem Weg in den Plenarsaal spontan krank, und so bleiben nur Höcherl und Strauß, um der Opposition an drei aufeinanderfolgenden Tagen Rede und Antwort zu stehen.

„Was die beiden daraus machten, im Verein mit dem Kanzler“, wird SPIEGEL-Autor Hans Joachim Schöps 1983 in seinem Buch über die Affäre schreiben, „gehört zu den Tragödien des Bonner Parlaments und ist bislang von der Geschichte noch nicht überholt worden.“

Höcherl versteigt sich zu dem Bekenntnis, die Polizei dürfe gelegentlich auch einmal etwas außerhalb der Legalität handeln, und Adenauer macht den Rechtsstaat zur Farce, indem er das vermeintliche Ergebnis der Ermittlungen vorwegnimmt: „Nun, meine Damen und Herren, wir haben einen Abgrund von Landesverrat im Lande; wenn von einem Blatt, das in einer Auflage von 500 000 Exemplaren erscheint, systematisch, um Geld zu verdienen, Landesverrat getrieben wird ...“ Der Rest des Satzes geht im Tumult unter.

Als es wieder ruhiger ist, legt der greise Kanzler nach: „Gott, was ist mir schließlich Augstein. Der Mann hat Geld verdient auf seine Weise. Es gibt Kreise, die ihm dabei geholfen haben, indem sie den SPIEGEL abonnieren haben und indem sie An-

noncen hineingesetzt haben. Die Leute stehen nicht sehr hoch in Achtung, die ihm so viel Annoncen gegeben haben.“ Dass auch die Bundeswehr im SPIEGEL inseriert, ist dem Kanzler offenbar entgangen.

Er belügt sogar das Parlament, aber das wird erst Jahrzehnte später bekannt. Er habe sich, so behauptet Adenauer, von der Aktion gegen den SPIEGEL „absichtlich ferngehalten“. Dabei war der Schlag gegen das Magazin mit ihm abgesprochen.

Und auch Strauß sagt die Unwahrheit, als es um die illegale Verhaftung von Titelauteur Ahlers in Spanien geht: Er habe, so behauptet er zunächst, weder mit ihr etwas zu tun gehabt noch „mit den Maßnahmen, die der Generalbundesanwalt seiner Amtspflicht folgend für notwendig gehalten hat“. Doch die Verantwortung des Ministers für die Festnahme des Redakteurs wird schrittweise enthüllt. Und so stürzt die CDU, analysiert Historiker Schoenbaum, „von Vertrauen in Verzweiflung“. Ein „Krieg aller gegen alle“ ist die Folge.

Adenauer hatte bereits eingewilligt, noch vor Ende der Legislaturperiode zurückzutreten. Nun geht es um den genauen Zeitpunkt – und um seine Nachfolge. Am 13. November beschließt die SPD, im Bundestag die Entlassung des Verteidigungsministers zu beantragen. Sie bringt damit Adenauers Koalitionspartner FDP in Zugzwang. Stimmt sie dagegen, gerät sie in Verdacht, die Machenschaften von Strauß in der SPIEGEL-Affäre zu billigen; stimmt sie dafür, katapultiert sie sich aus der Regierung.

Partei Vorstand und Bundestagsfraktion der Liberalen berufen schließlich ihre fünf Minister aus dem Kabinett ab. Von Strauß ist in der entsprechenden Erklärung der FDP zwar keine Rede, aber das Zeichen ist deutlich: Die Tage des Verteidigungsministers sind gezählt.

Am 30. November erklärt Strauß, er werde einer neuen Regierung nicht mehr angehören. Und im Zuge der Koalitionsverhandlungen ringt die FDP Adenauer



Titelbild 9. Januar 1963

DER SPIEGEL

7. Februar

Die SPIEGEL-Leute sind nach und nach freigegeben. Rudolf Augstein wird als Letzter aus der U-Haft entlassen.

15. Oktober

Adenauer tritt zurück, Ludwig Erhard (CDU) wird neuer Kanzler.

11. Dezember

Der Bundestag hebt die Immunität der Abgeordneten Gerhard Jahn und Hans Merten, beide SPD, auf. Sie sollen vertrauliche Unterlagen an den SPIEGEL weitergeben haben.

13. Mai 1965 Triumph für den SPIEGEL: Der BGH lehnt die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen Rudolf Augstein und Conrad Ahlers ab. Die anderen Ermittlungsverfahren werden nach und nach eingestellt.

2. Juni Die Staatsanwaltschaft in Bonn stellt fest, dass Strauß sich im Fall Ahlers „objektiv“ der Freiheitsberaubung schuldig gemacht hat. Das Verfahren wird dennoch eingestellt. Militärattaché Achim Oster wird von allen Vorwürfen entlastet.

5. August 1966 Das Bundesverfassungsgericht weist zwar die Beschwerde des SPIEGEL gegen die Staatsaktion mit Stimmgleichheit ab, doch die unterlegenen Richter kritisieren das Vorgehen von Bundesanwaltschaft und BGH.

1. Dezember

Große Koalition unter Kanzler Kurt Georg Kiesinger (CDU) mit vielen Beteiligten aus der SPIEGEL-Affäre: Strauß wird Finanzminister, Gustav Heinemann Justizminister, Ahlers stellvertretender Regierungssprecher, Schmidt SPD-Fraktionsvorsitzender. Horst Ehmke und Karl Carstens werden Staatssekretäre.

2. Dezember

Die Bundesanwaltschaft stellt das Ermittlungsverfahren gegen Schmidt ein.

15. Februar 1967

Das letzte Ermittlungsverfahren – gegen den Bundeswehroffizier Jürgen Brandt – wird eingestellt. Ahlers hatte ihn bei seinen Recherchen befragt.

„Umtaufen in Strauß-Affäre“

Ex-Kanzler Helmut Schmidt, 93, über das 1963 gegen ihn eingeleitete Ermittlungsverfahren der Bundesanwaltschaft und seine Kontakte zu SPIEGEL-Titellautor Conrad Ahlers

50 JAHRE SPIEGEL AFFÄRE Herr Schmidt, Sie waren 1962 Innensenator in Hamburg, nach der Flutkatastrophe trauten Ihnen viele bereits eine große Karriere zu. Der SPIEGEL war ein aufstrebendes Blatt. Wie war Ihr Verhältnis zum Magazin vor der SPIEGEL-Affäre?

Schmidt: Die SPIEGEL-Affäre müsst ihr umtaufen in Strauß-Affäre ...

SPIEGEL: ... das nehmen wir gern auf ...

Schmidt: ... das Verhältnis war freundschaftlich. Mit Rudolf Augstein par distance. Er war ein bisschen schwierig, von mir aus gesehen. Doch es gab zwei Redakteure bei Ihnen, mit denen ich damals durch Zufall seit Jahren bekannt war, Conny Ahlers und Hans Schmelz. Mit ihnen verbanden mich Freundschaften aus Studienzeiten.

SPIEGEL: Und aufgrund dieser Freundschaften wurden Sie in die Strauß-Affäre hineingezogen?

Schmidt: Ahlers rief eines Abends im Herbst 1962 an und fragte, ob er mich mal wegen eines Artikels sprechen könne. Es pressiere, der Text müsse am nächsten oder übernächsten Tag in Druck. Ich bot Ahlers an, er könne gegen 22 Uhr vorbeikommen. Vorher ging es nicht.

SPIEGEL: Ahlers war wie Sie Kriegsoffizier gewesen, später dann als Presseferent im „Amt Blank“ tätig, dem Vorläufer des Verteidigungsministeriums. Er arbeitete 1962 mit Schmelz an der Titelgeschichte „Bedingt abwehrbereit“, in der er die Militärpolitik von Strauß einer tiefgreifenden Überprüfung unterzog. Wonach hat Ahlers gerade den Hamburger Innensenator gefragt?

Schmidt: Schmelz und Ahlers waren beide hochbegabt, hochintelligent. Beide hatten wirklich eine Ahnung von den militärischen Dingen. Aber ich verstand, das darf ich sagen, etwas mehr davon als die Jungs vom SPIEGEL, denn ich hatte im Jahr zuvor ein Buch geschrieben, „Verteidigung oder Vergeltung“, das war in Fachkreisen ein großer Erfolg. Es wurde sofort ins Englische übersetzt und erschien alsbald in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien.

SPIEGEL: Augstein und Ahlers warnten damals vor einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr, wie sie offenbar Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß im Sinn hatte. Wollte Strauß die Bombe wirklich?

Schmidt: Ich glaube, die Militärs strebten damals eher nicht den Zugriff auf nukleare Waffen an, der Minister wohl.

SPIEGEL: Den tatsächlichen Zugriff? Oder ging es Strauß darum, im Nato-Rahmen über einen Einsatz mitbestimmen zu können?

Schmidt: Das ist schwer zu sagen. Ich glaube, Strauß war sich selber nicht im Klaren darüber, was sein eigentliches Ziel war.

SPIEGEL: Wie ging es an jenem Abend zwischen Ihnen und Ahlers weiter?

Schmidt: Wir haben ernsthaft diskutiert, es kam auch mein Freund und Nachbar Willi Berkhan dazu. Schließlich war es eine Art Streitgespräch.

SPIEGEL: Haben Sie die Absicht von Ahlers und Schmelz begrüßt, einem großen Publikum eine Übersicht über die militärstrategische Lage zu geben?



Ex-Kanzler Schmidt

Schmidt: Missbilligt habe ich diesen Artikel nicht. Auch wenn ich euer Blatt durchaus als sensationsgeneigt qualifizierte. Ahlers zeigte mir jedenfalls das Manuskript und bat um kritische Durchsicht. Sechs, sieben Stellen habe ich mit Bleistift angekreuzt und die eine oder andere schriftliche Anmerkung gemacht. Und gesagt: Kinders, diese Stellen müsst ihr noch einmal überprüfen, es kann sein, dass ihr euch im Geheimbereich bewegt.



Innenminister Schmidt mit Demonstranten in Hamburg am 31. Oktober 1962

SPIEGEL: Aber Ihr Buch „Verteidigung oder Vergeltung“ war von ähnlich großer Offenheit wie später der Titel „Bedingt abwehrbereit“.

Schmidt: Ich lebte intellektuell in der „defense community“ der Amerikaner, der Engländer und ein bisschen auch der Franzosen. Da galten andere Maßstäbe. Auf die Idee, dass der Inhalt meines Buchs von strafrechtlicher Relevanz sein könnte, bin ich gar nicht gekommen. Jedenfalls sind wir nach einer Stunde auseinandergeschieden. Und aus diesem Treffen machte die Bundesanwaltschaft dann eine Konspiration. Die fanden es schon konspirativ, dass wir uns abends spät zusammensetzten.

SPIEGEL: Ende Oktober 1962 wurde die Redaktion von Bundesanwaltschaft und Bundeskriminalamt überrollt. Rudolf Augstein, Conrad Ahlers und andere wurden wegen des Verdachts des Landesverrats verhaftet, weil die Titelgeschichte angeblich zahlreiche Geheimnisse preisgab. Auch Sie gerieten in die Mühlen der Justiz.

Schmidt: Die Bleistiftstriche auf dem Ahlers-Manuskript waren schuld, und wahrscheinlich haben Augstein und Ahlers bei der Bundesanwaltschaft in ihrer Aufregung darüber zu viel geplappert. Im Januar eröffnete die Bundesanwaltschaft gegen mich ein Verfahren wegen Beihilfe zum Landesverrat. Mein Verhältnis zum SPIEGEL und zu seinen Redakteuren ist übrigens dadurch nicht belastet worden.

SPIEGEL: Den Ermittlungsakten zufolge sollen Sie Augstein erst nach dem Erscheinen des inkriminierten Artikels kennengelernt haben.



"Schmelz und Ahlers hatten wirklich eine Ahnung von den militärischen Dingen. Aber ich verstand, das darf ich sagen, etwas mehr davon als die Jungs vom SPIEGEL."

Schmidt über die Autoren des Titels „Bedingt abwehrbereit“

Schmidt: Das kommt mir sehr unwahrscheinlich vor. Nein, wir kannten uns vorher. Ich glaube, wir sind uns Mitte der fünfziger Jahre erstmals begegnet.

SPIEGEL: Die Bundesanwaltschaft hatte Sie auch im Verdacht, den SPIEGEL vor der Razzia gewarnt zu haben.

Schmidt: Ja, aber es stimmt einfach nicht. Und dann schickte die Bundesanwaltschaft einen Ermittlungsrichter, Typus Landgerichtsdirektor, korrekt und ahnungslos. Den habe ich anständig, aber auch etwas herablassend behandelt. All das, was die Bundesanwaltschaft damals als Geheimnisse in Ihrer Titelgeschichte bemängelt hat, war zuvor in tausend Aufsätzen von Amerikanern, Engländern oder Franzosen veröffentlicht worden.

SPIEGEL: Hatten Sie den Eindruck, dass die Bundesanwaltschaft wirklich an Landesverrat glaubte?

Schmidt: Das weiß ich nicht, aber sie hat es jedenfalls mit Eifer vertreten. Seitdem war mein Verhältnis zur Bundesanwaltschaft gestört.

SPIEGEL: Ihre Vernehmungen streckten sich hin bis weit ins Jahr 1964. Bei keiner war ein Verteidiger dabei.

Schmidt: Den brauchte ich nicht. Denn die Vorwürfe habe ich nicht ernst genommen, ich wusste, dass das Ganze ein ungehöriger Quatsch war. Dass es ein Verfahren der Bundesanwaltschaft gibt, das habe ich allerdings schon ernst genommen.

SPIEGEL: Wie haben Ihre Kollegen aus der Politik darauf reagiert? Heute würde ein Ermittlungsverfahren dieser Kategorie das Ende einer Karriere bedeuten.

Schmidt: Ähnlich wie ich. Meine Parteifreunde und auch führende Christdemo-

kraten wie etwa Rainer Barzel, der Vorsitzende der Unionsfraktion, waren sich einig: tiefer hängen.

SPIEGEL: Im Frühjahr 1965 stellte die Bundesanwaltschaft fest, dass die Beweise für einen Prozess gegen Sie nicht ausreichen. Das Verfahren hätte eingestellt werden müssen.

Schmidt: Das ist eine politische Schweinerei gewesen. Vielleicht hat jemand bei der Bundesanwaltschaft oder im Bundesverteidigungsministerium gedacht, wir lassen das mal köcheln, vielleicht brauchen wir das irgendwann mal. Anderthalb Jahre lang haben die Ermittlungen geruht.

SPIEGEL: Nach der Bundestagswahl 1965 kehrten Sie in den Bundestag zurück. 1966 kam die erste Große Koalition, Sie übernahmen den Vorsitz der SPD-Fraktion.

Schmidt: Gustav Heinemann wurde damals Justizminister, das war ein älterer Freund von mir. Ich habe zu ihm gesagt, kannst du dich nicht mal darum kümmern, dass das Verfahren eingestellt wird? Und das haben sie dann auch tatsächlich eingestellt, allerdings wegen eines minderschweren Vorwurfs, nicht wegen Beihilfe zum Landesverrat.

SPIEGEL: Es ging nur noch um die fahrlässige Preisgabe von Staatsgeheimnissen.

Schmidt: Genau. Bis heute lebe ich in dem Bewusstsein, dass die Bundesanwaltschaft ein Verfahren gegen mich wegen des Verdachts auf Beihilfe zum Landesverrat geführt hat, was nie eingestellt worden ist.

INTERVIEW: GEORG BÖNISCH, GEORG MASCOLO, KLAUS WIEGREFF

ab, nach der parlamentarischen Sommerpause 1963 das Kanzleramt zu räumen.

Das Revirement entscheidet auch einen seit Jahren schwelenden Streit in der deutschen Außen- und Verteidigungspolitik, wie der Historiker Tim Geiger herausgearbeitet hat. Mit dem Abgang von Strauß verlieren diejenigen, die für eine eigenständige europäische Verteidigungspolitik inklusive Nuklearoption plädieren. Die Atlantiker, die eine enge Bindung an die USA favorisieren, bestimmen von nun an den Kurs.

Der Informant gesteht

Während das Interesse der Bundestagsparteien an der SPIEGEL-Affäre nach der Regierungskrise deutlich abnimmt, ist der Aufklärungswille der Ermittler ungebrochen. Zwar sind am 26. November die letzten Räumlichkeiten des SPIEGEL von der Bundesanwaltschaft wieder freigegeben worden, doch die Suche nach den Informanten des Blatts wird mit aller Macht weiterbetrieben.

Nach Lektüre der Titelgeschichte „Bedingt abwehrbereit“ war für die Staatschützer schnell klar, dass die Quelle unter den Heeresoffizieren im Verteidigungsministerium zu suchen sei, insbesondere unter denen, die sich mit strategischen Fragen zur Nato befassen; und die mindestens den Dienstgrad Oberstleutnant besitzen und Geheimnisträger sind.

Eines der beschlagnahmten Papiere engt den Kreis der Verdächtigen ein: Es ist eine Liste der Telefonate, die Ahlers von seinem Büro aus führte. Mehrfach taucht eine Nummer auf, zum ersten Mal angewählt am 10. Mai. Sie gehört Alfred Martin.

Im Ministerium gilt der Oberst ohnehin als möglicher Informant. Er hat den Ruf, ein Anti-Strauß-Mann zu sein. Kollegen, zu denen er ein „sehr enges kameradschaftliches und freundschaftliches Verhältnis“ pflegte, hatte er sich bereits anvertraut; sie wussten von seiner „Entschlossenheit“, alles ans Tageslicht bringen zu wollen.

Martin wird am 27. November festgenommen. Er gibt an, zu SPIEGEL-Redakteuren „keine laufenden Beziehungen“ unterhalten zu haben. Augstein sei er einmal begegnet, als eine Firma, an der er beteiligt war, „vor 12 bis 13 Jahren“ in einem Augstein-Haus Fliesenarbeiten durchgeführt habe. Nein, er habe mit Ahlers, den er von früher kenne, nie gesprochen.

Knapp zwei Tage lang hält Martin dem Druck der Vernehmer stand – bis er sich, nachdem er den „gesamten Problemkreis noch einmal überdacht hatte“, zu einer „vollständigen Aussage nach bestem Wissen und Gewissen“ entschließt. Der Oberst berichtet, wie er Kontakt zum SPIEGEL fand – über den Anwalt Josef Augstein. Der Bruder des SPIEGEL-Herausgebers wird am 4. Dezember in Haft genommen, weil er die „Ausspähung von Staatsgeheimnissen“ gefördert

habe. Als ihm sein Vernehmer erklärt, Titelauftrag Ahlers wolle, dass seine Unterlagen der Justiz übergeben werden, erklärt sich Josef Augstein bereit, sie aus dem Versteck zu holen – sie sind noch im Weinkeller. Der Anwalt hofft, damit der Entlastung seines Bruders dienen zu können. Als er das Material in den Händen hält, stellt er jedoch fest, dass es sich „ausgeschlossen um die Arbeitsunterlagen des Herrn Ahlers für den Foertsch-Artikel“ handelt.

Papier nur, aber Ahlers hatte Namen von Kontaktleuten notiert; den von Jürgen Brandt etwa, Major an der Hamburger Führungsakademie der Bundeswehr, und den von Helmut Schmidt.

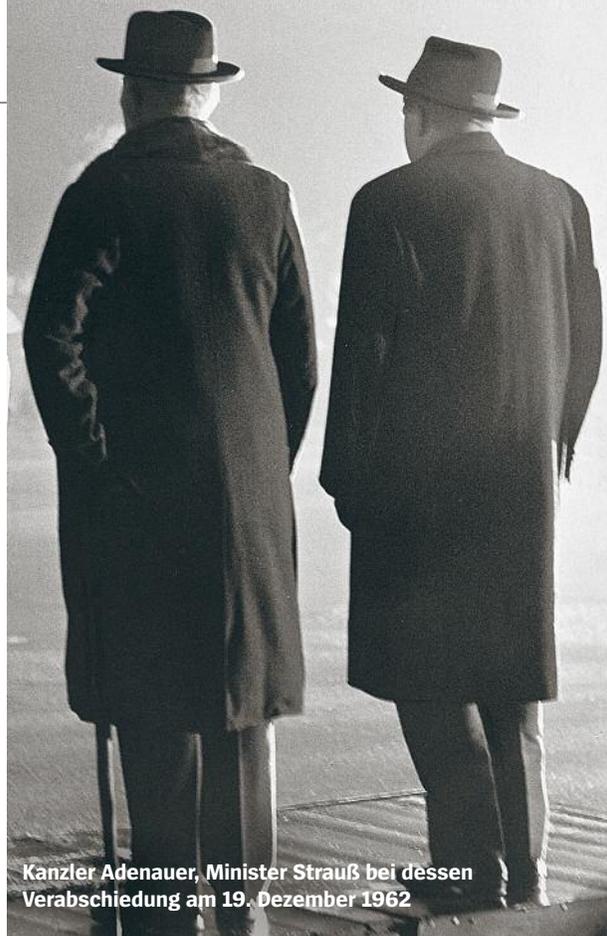
Rudolf Augstein ist, als Oberst Martin festgenommen wird, bereits seit fast fünf Wochen eingesperrt. Nachts hockt er in der Hamburger Zelle, tagsüber hilft er regelmäßig Buback und dessen Leuten bei der Ermittlungsarbeit vor Ort, als Zeuge bei Durchsuchungen. Kein Freigänger, ein Vorgeführter, der in der Nacht zum 28. November nach Koblenz verlegt wird. Hier muss er Schnürsenkel und Gürtel abgeben, wegen der Selbstmordgefahr.

Aus den Protokollen der Augstein-Vernehmungen lässt sich herauslesen, wie der SPIEGEL-Chef von Mal zu Mal ruhiger wird angesichts einer Situation, in der für ihn nichts veränderbar ist. Einmal nur spürt Buback den Zorn Augsteins – als er ihm vorhält, er sei so entschlossen gewesen, Strauß zu Fall zu bringen, dass er deswegen sogar bereit gewesen sei, „Landesverrat zu begehen“. Wenn Augstein eine Bierflasche gehabt hätte, so Buback, dann hätte er sie nach ihm geworfen.

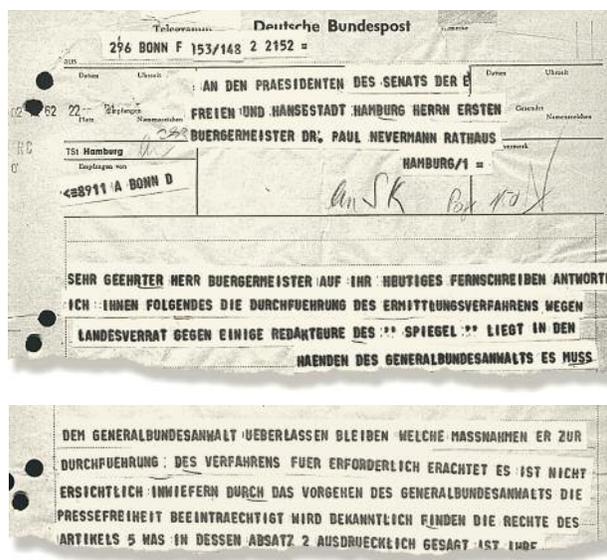
Augstein liest im Alten Testament und glaubt danach zu erkennen, wie Justiz funktioniert: willkürlich, rachsüchtig, patriarchalisch, als „Gerechtigkeit à la Adenauer“. Seine gegenwärtige Lage, schreibt er, erlebe er als Christ – „mein In-Haft-Sein als stellvertretend und als Rückwurf eines Menschen, der vom Glück immer zu sehr begünstigt war“.

Eine typische Augstein-Sentenz. Manche seiner Mitarbeiter sind enttäuscht. „Die Redaktion wollte einen Volkstribun“, urteilt Augstein-Biograf Peter Merseburger, „aber Augstein versuchte, sich wegzuducken.“

Die, die ihn überschütten mit Zuwendungen und Zuneigung, kennen diese Binnensicht nicht. Die Post bringt warme Socken in den Knast, lange Unterhosen, Plätzchen, Bücher, auch eine Platte des



Kanzler Adenauer, Minister Strauß bei dessen Verabschiedung am 19. Dezember 1962



Telegramm Adenauers an Nevermann

Barden Freddy Quinn: „Junge, komm bald wieder“.

Und Briefe, immer wieder Briefe. Der Schauspiel-Grande und Theaterregisseur Gustaf Gründgens schreibt ihm, er halte die „Existenz Ihres Blattes für unentbehrlich“, selbst wenn es „manchmal um der Pointe willen über das Ziel hinauschießt“.

Ahlers, der am 22. Dezember aus der U-Haft entlassen wird, weil es keinen dringenden Tatverdacht mehr gibt, erweist wiederum Gründgens die Ehre. Im Hamburger Schauspielhaus wird „Don Carlos“ gespielt, Schillers dramatisches Gedicht, ein gegen die Staatsallmacht ge-

schriebener Freiheitsappell, ein Stück, das Despotie und Menschenwürde thematisiert; uraufgeführt in der Hansestadt am 29. August 1787, knapp zwei Jahre vor der Französischen Revolution. Gründgens spielt den spanischen König Philipp II., einen absolutistischen Herrscher. Sein Gegenpart ist der Marquis von Posa, ihn mimt Will Quadflieg.

Vorn sitzt das Ehepaar Ahlers, und als Quadflieg, ganz zum Schluss, den SPIEGEL-Mann unter den Zuschauern entdeckt, tritt er an den Rand der Bühne, zeigt auf ihn und deklamiert den berühmtesten Satz des Schiller-Stücks: „Geben Sie Gedankenfreiheit!“ Viele Zuschauer erheben sich – und applaudieren.

Schmidt in Bubacks Visier

Rudolf Augstein bleibt von allen SPIEGEL-Leuten am längsten in Haft, auch über Weihnachten hinweg. Immer wieder lässt ihn Staatsanwalt Buback zum Verhör antreten. Und immer wieder kommt der auf eine Person zu sprechen: Helmut Schmidt. „Kann es zutreffen“, fragt Buback, „dass Sie die Materialsammlung (*gemeint sind die bei Augstein gefundenen Unterlagen* –Red.) mit folgender Randbemerkung versehen haben: ‚Helmut Schmidts Ansicht?‘“

Augstein: „Das ist durchaus möglich, aber ich habe daran keine Erinnerung. Mir ist auch kein Zusammenhang gegenwärtig, der solch eine Bemerkung sinnvoll erscheinen ließe.“ Buback hält ihm die Stelle vor – Augstein: „Ich habe daran keine Erinnerung.“

Buback: „Handelt es sich bei dem Namen Helmut Schmidt um den Hamburger Innensenator?“

Augstein: „Wenn es zutreffen sollte, dass ich den Namen Helmut Schmidt in einer Marginalie aufgeführt habe, dann müsste es sich um den jetzigen Hamburger Innensenator handeln. Einen anderen militärisch relevanten Herrn dieses Namens kenne ich nicht.“

Im Januar 1963 leitet die Bundesanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen Schmidt ein – wegen Beihilfe zum Landesverrat. Heute legen Politiker ihr Amt im Allgemeinen nieder, wenn gegen sie ermittelt wird. Schmidt hingegen bleibt. Seine Parteifreunde und auch führende Christdemokraten seien sich einig gewesen, die Sache „tiefer zu hängen“ (siehe Interview Seite 74).

Schmidt wird erstmals am 6. Februar vernommen, und der Senator bestätigt seinen Ruf als „Schmidt-Schnauze“; be-



Herausgeber Augstein mit Sekretärinnen nach der Haftentlassung im Februar 1963

"Die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen die Angeeschuldigten Ahlers und Augstein wird abgelehnt. Sie werden mangels Beweises außer Verfolgung gesetzt."

Urteil des Bundesgerichtshofs am 13. Mai 1965

zumindest berührt worden wäre" – ein Nackenschlag für die Bundesanwaltschaft. Und ein Triumph für den SPIEGEL.

Oberst Martin bleibt allerdings außen vor, um seine Person tobt in den folgenden Monaten ein Kampf bis hoch in die Bonner Kabinettspitze. Es geht um die Frage, ob Adenauer eingeweiht war in die Atompläne seines Verteidigungsministers, die sich von der Nato-Strategie substanziiell unterschieden; es geht um die Vermutung, dass ein „preemptive strike“, also ein vorbeugender Atomschlag des Westens, tatsächlich der „Gesamtaufbauplanung der Bundeswehr zugrunde gelegt“ worden ist.

Martins Anwälte beantragen, alle an den Planungen beteiligten Offiziere als Zeugen zu vernehmen. Der BGH verlangt deshalb im August 1966 vom Verteidigungsministerium und vom Bundesverteidigungsrat, die entsprechenden Akten zur Verfügung zu stellen. Die Regierung lehnt ab – weil eine „gerichtliche Verwertung dieser Unterlagen die Sicherheit der Bundesrepublik in unvertretbarem Maße beeinträchtigen“ würde.

Eine Steilvorlage für die Richter, und ein Beleg dafür, dass Oberst Martin durchaus recht gehabt haben könnte mit seinen Befürchtungen, wonach die Bundeswehr unter einem Verteidigungsminister Strauß in einen bedrohlichen Konflikt mit den Verbündeten geraten wäre. Der BGH stellt auch dieses Verfahren ein.

Am Anfang stand der Versuch, ein kritisches Magazin vom Markt zu schießen. Am Ende blieb die Erkenntnis, dass es doch einen Rechtsstaat gab, gestützt durch eine sensibilisierte Öffentlichkeit – auch wenn der SPIEGEL sich mit einer Klage wegen der Durchsuchungen und Beschlagnahmungen vor dem Bundesverfassungsgericht bei 4:4 Richterstimmen nicht durchsetzen konnte.

Die Karlsruher Richter stellten immerhin für alle Ewigkeit fest, dass jedwede Staatsgeschäfte, einschließlich der militärischen, einer „ständigen Kritik oder Billigung des Volkes unterstehen“ müssen. Die im Grundgesetz beschriebene Pressefreiheit war jetzt wirklich verankert.

Rudolf Augstein, der 2002 starb, beschrieb es so: „Vielleicht kann man sagen, dass demokratische Normalität zur Regel wurde. Das Ganze bewirkte einen Klimawechsel, der durchgreifenden Politikern nicht zuträglich war.“

Und er sagte auch, damals sei er „nicht ganz sicher“ gewesen, dass sich die SPIEGEL-Affäre nicht wiederholen würde: „Heute ist das sicher.“

GEORG BÖNISCH, GUNTHER LATSCH,
KLAUS WIEGREFE

Im nächsten Heft:
40-seitige Beilage mit den wichtigsten Originalartikeln aus dem SPIEGEL 1962/63.

ständig boxt er den Ermittlungsrichter Dierks in die Ringecke.

„Herr Senator“, fragt Dierks und legt Schmidt die Titelgeschichte vor, „enthält dieser Artikel irgendwelche Passagen, die auf Informationen von Ihnen zurückzuführen sind?“

Schmidt entgegnet, eine Antwort könne „eindeutig nicht gegeben werden“, und ergänzt: „Ganz offensichtlich beruht der Artikel zu weiten Teilen auf einer Kompilation aus verschiedenen, teils öffentlich zugänglichen, teils nicht allgemein zugänglichen Quellen. Zweifellos hat Herr Ahlers von mir auch Informationen bekommen, z. B. hinsichtlich der amerikanischen, aus Literatur und Presse zugänglichen Auffassungen.“

Punkt für Schmidt.

Der Rechtsstaat siegt

Strafverteidiger zu sein in der SPIEGEL-Affäre ist ein hartes Brot. Zwischen ihnen und den Ermittlern gibt es lange Zeit keine Waffengleichheit, wie sie eigentlich im Gesetzessinne wäre. Die Verteidiger dürfen anfangs mit ihren Mandanten nicht unter vier Augen reden – ein Aufpasser sitzt stets dabei.

Und zu den Behinderungen der Anwälte gehört auch, dass Akten in der Regel nur bei der Bundesanwaltschaft oder beim Bundesgerichtshof eingesehen werden dürfen – es könnte ja sein, dass Verteidiger die fast durchweg geheim gestempelten Papiere an Dritte weiterreichen. Das Gutachten des Oberregierungsrats Heinrich Wunder, das dem SPIEGEL Landesverrat in über 40 Fällen bescheinigt,

liegt im Panzerschrank. Die Verteidiger können es lesen, aber sie dürfen sich keine Notizen machen.

Im März 1964, fast anderthalb Jahre nach der SPIEGEL-Besetzung, kommt ein neues Gutachten. Es reduziert Wunders Vorwürfe erheblich, aber die Bundesanwaltschaft bleibt auf ihrem Gleis. Selbst die Tatsache, dass das Hauptquartier der US-Streitkräfte in Europa der Adenauer-Regierung längst mitgeteilt hat, seiner Einschätzung nach seien vom SPIEGEL „keine militärischen Geheimnisse“ veröffentlicht worden, dient nicht der Entlastung: Karlsruhe erhebt im folgenden Oktober Anklage gegen Augstein, Ahlers und Martin. Augstein und Ahlers sollen „fortgesetzt gemeinschaftlich Staatsgeheimnisse verraten“ haben.

Eine Verurteilung zu langen Freiheitsstrafen wäre vermutlich das Ende des SPIEGEL gewesen, wie ihn Augstein geprägt hat.

Die 73-seitige Anklageschrift wird als „Dienstgeheimnis“ gestempelt – ein gutes halbes Jahr später ist sie Makulatur. Denn am 13. Mai 1965 verkündet der Dritte Strafsenat des Bundesgerichtshofs (BGH): „Die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen die Angeschuldigten Ahlers und Augstein wird abgelehnt. Sie werden mangels Beweises außer Verfolgung gesetzt.“

Zwar seien „einige Tatsachen geheimhaltungsbedürftig“ gewesen, urteilte der BGH. Der Artikel habe sich aber „mit kaum einem Gegenstand befasst, der nicht schon vorher in meist zahlreichen Veröffentlichungen von Ministern, Politikern und hohen Offizieren behandelt oder